

icht inbegri-
er die Gestal-
gewerblichen
menge, die im
Jahre 1921
985 165 Ztr.,
denn 852 092
zurückgegan-
bevölkerung)
eischmenge in
9 Pfund, auf
rung 1913 zu
lich der Ver-
ngen.

n. Calw.
Calw.
e Bitte an die
den eine Gabe
enkleidung und
und kinderreiche
Wir bitten auch
einde an ihrer
en.

pfarrer Lang.
htung!
Sie
eise
tall,
schen
ersau

berichtet
Calwer
att über
wissens-
Vor-
nisse!

engstett.
schönes
ll-Rind
aus.
schlich, Witwe.

Druckfachen
rechnungen,
Preislisten
es Blattes.

ag;

Calmer Waoblatt

Nr. 54 Amts- und Anzeigblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 98. Jahrgang.
Erscheinungsorte: 6mal wöchentl. Anzeigenpreis: Die Zeile 120 Mt., Familienanzeigen 75 Mt., Reklamen 350 Mt. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100 % — Fernspr. 9. Dienstag, den 6. März 1923. Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn 2100 Mt. monatlich, Postbezugspreis 2100 Mt. ohne Bestellgeld. Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Die Gewalttate der Franzosen an privaten und staatlichem Eigentum und an der Bevölkerung in den besetzten Gebieten nehmen von Tag zu Tag kein Zeichen, daß sie das jastliche Ergebnis ihres Einbruchs nicht befriedigt. Das Verhalten der französischen Soldateska erinnert an den barbarischen Raubkrieg der Melaschen Nordbrenner.

Von englischer Seite wird das Eingreifen Amerikas für — den Herbst (!) in Aussicht gestellt.

Nach englischer Quelle soll die Opposition der türkischen Nationalversammlung sich scharf gegen die Annahme der Ententevorschlüsse ausgesprochen haben, sodas die Regierung zu einem neuen Gegenvorschlag gezwungen worden sei.

Zur Lage.

Der weitere Einbruch der Franzosen in deutsches Land bezweckt die Fortführung des strategischen Plans der Beherrschung des gesamten Eisenbahnverkehrs Süddeutschlands und des Rheinlands und der Vorbereitung des Vormarsches auf Nordbayern für den Fall der Notwendigkeit einer Vereinigung mit dem tschechischen und damit dem polnischen Heere. Die Begründung, daß die neuesten gegen Karlsruhe, Mannheim und Darmstadt gerichteten Willkürakte wegen der absichtlichen Versenkung von Räubern erfolgt seien, die den Rhein-Hernekanal gesperrt hätten, ist ebenso heuchlerisch wie diejenige bezüglich der Besetzung Ostfrenburgs wegen Einstellung der Zugzüge Paris—Prag und Paris—Warschau. Es unterliegt keinem Zweifel, daß sowohl die Besetzung des Ruhrgebiets wie des weiteren Landes auf dem rechten Rheinufer mit allen militärischen Vorsichtsmaßregeln direkt als strategischer Aufmarsch gegen — das wehrlose Deutschland gedacht ist, um dieses durch Anwendung brutalster Gewalt für den letzten Plan, der Abtrennung des Rheinlands und womöglich der Aufgabe seiner staatlichen Einheit müde zu machen. Die militärische Sicherung dieses politischen Strebens rechnet mit einem Eingreifen Russlands, weshalb man einerseits durch möglichst weitgehende Besetzung der strategischen Verkehrspunkte auf dem rechten Rheinufer, andererseits durch vorbereitende Maßnahmen zur möglichst raschen Verbindung mit der Tschechoslowakei und Polen sich zu „sichern“ versucht. Bekanntlich haben schon seit Monaten vor dem Einbruch in das Ruhrgebiet in dieser Richtung Verhandlungen mit der polnischen und tschechischen Regierung stattgefunden, und französische Militärmissionen sind schon seit langem an der Arbeit, eine enge militärische Verbindung dieser Staaten mit Frankreich herzustellen. Im Falle eines aktiven Widerstands Deutschlands, den man durch immer neue widerrechtliche Besetzung deutschen Landes, durch Ausweisung der deutschen Beamten und ihrer Familien, durch brutalste Mißhandlung der Bevölkerung, durch planmäßigen Raub staatlichen und privaten Eigentums schließlich von dem zur Verzweiflung gepeinigten Volke herauszufordern hofft, würden die Franzosen wahrscheinlich in der Richtung Darmstadt—Würzburg—Eger vormarschieren, und damit Süddeutschland von Norddeutschland abzutrennen suchen, und gleichzeitig wohl auch versuchen, durch Baden und Württemberg nach Tirol und Oesterreich zu gelangen, um sich mit den Italienern zu vereinigen, und rasch den Balkan gegen etwaige russisch-türkische Angriffe zu sichern. Von diesem strategischen Hauptgesichtspunkt haben wir die ganze Aktion rechts des Rheins zu betrachten, wobei noch zu beachten ist, daß die Franzosen natürlich wohl wissen, daß auf die kleinen Trabanten, die Tschechoslowakei, Rumänien und das zahlenmäßig zwar große, aber innerlich keineswegs ausgeglichene Polen im Kriegsfall kein sicherer Verlaß wäre, wenn man diesen Staaten durch französische Hilfskräfte und Kriegsmaterial nicht rasch den Rücken stärken kann.

Nun wird man sagen, hier wird gerade so gesprochen, als wenn wir im Kriege ständen, oder doch unmittelbar vor dem Beginn. Daß die französische Aktion nicht als „friedliche Maßnahme“ gedacht ist, sondern als Kriegshandlung mit dem Ziel des Raubes des Rheinlands und Ruhrgebiets sowie der Zerstückerung Deutschlands, das kommt in der französischen Nationalistenpresse ganz unverhohlen zum Ausdruck. In folgendem einigte Beispiele: Im „Echo de Paris“ vom 10. Februar heißt es: „Wir müssen Deutschland des Ruhrgebietes wirklich berauben, und das Ruhrgebiet muß zu Gunsten der Reparationen unter unserem Regime stehen.“ Der Redakteur Lafine des „Petit Meridional“ in Montpellier gaukelt seinen Lesern von dem erhofften Erfolge des Ruhrraubzugs folgendes Bild vor: „Das Reich wird finanziell zusammenbrechen. Diesem Zusammenbruch wird zwangsläufig der Separatismus folgen. Jeder Staat wird

sich auf sich selbst zurückziehen, um der Katastrophe des Reiches zu entgehen. Jeder wird daran denken, ein lokales, durch die greifbaren Reichtümer des Staates garantiertes, gesundes Geld einzuführen. Wenn wir fest bleiben, dann wird Deutschland in Stücke zerfallen, ehe man sich in den Straßen von Paris schlügt.“ „Der Versailler Vertrag von 1919“, schreibt Leon Robert Gallots im Kouffillon, „hätte in seinen großen Linien an den westfälischen Frieden von 1648 erinnern müssen. Die Zukunft des Friedens beruht in der freiwilligen Zerstückerung Deutschlands. Es würde dann nicht mehr ein Deutschland geben, das mit Rußland ein Bündnis schließen könnte, es würde dann nur noch deutsche Staaten geben mit entgegengesetzten Interessen.“ Die „Action Francaise“ vom 9. Februar äußert sich folgendermaßen: „So lange die Auflösung des deutschen Staates nicht in Berlin ausgesprochen ist, wird es schwer, wenn nicht unmöglich sein, im Rheinlande Besonderes zu erreichen. Die Schwierigkeiten kommen daher, daß Deutschland noch eine Einheit ist und noch eine geordnete Regierung besitzt. Diese Regierung, die Ordnung, dieses Gesetz, diese Einheit müssen zerschlagen werden. Das Ruhrgebiet könnte eine Föderation von Arbeiterrepubliken bilden. Wiesbaden und Nassau könnten von heute auf morgen einen Fürsten aus dem Hause Luxemburg berufen. Alles dies kann jedoch nur geschehen durch Auflösung des Reichs, und die wird nur mit Gewalt erfolgen. Die Macht haben wir in Händen. Werden wir sie verkommen lassen?“

Und die andern Ententestaaten? Wir haben von jeher betont, daß die Hoffnungen, die große Kreise der öffentlichen Meinung Deutschlands einmal auf England, dann auf Amerika und schließlich gar auf Italien gesetzt haben, das Volk nur in trügerischen Illusionen wiegen, die nicht nur immer wieder grausam zerstört werden würden, die auch zu unüberlegten Handlungen führen könnten, die man in Paris sehnsüchtig erwartet, und die man dann zum Anlaß der Zerstückerung Deutschlands nehmen könnte. Wir haben von jeher betont, daß der angebliche Widerstand der Angelsachsen gegen die französische Gewaltpolitik nichts als eine „moralische“ Geste darstellt, um ihre wirkliche Politik, die mit der französischen in ihren Grundrichtungen gleich geht, zu verschleiern. Um Enttäuschungen zu vermeiden, ist es gut, die unentwegte Beibehaltung der gesamten Entente politik immer wieder festzustellen. Wir erinnern nochmals an die Erklärung Lloyd Georges, des Mitbegründers des Versailler Friedens, daß im Falle eines aktiven Widerstands Deutschlands England an der Seite Frankreichs stehen würde, und weiterhin an die Erklärung des englischen Kriegsministers, er sei im Herzen für Frankreich, d. h. er wünscht ihm also Erfolg bei seinem Raubkrieg, mit dem Verlande sei er aber auf der andern Rheinseite, d. h. mit andern Worten, er befürchtet, daß durch das französische Vergehen gegebenenfalls — sofort oder in der Zukunft — sich Konflikte herausentwickeln könnten, die nicht nur Frankreich, sondern vor allem die englischen Interessen schädigen könnten. Kurz gesagt, nicht nur in England, sondern auch in Italien ist es von den Staatsmännern wie von der Presse schon offen ausgesprochen worden, daß Deutschland sich infolge der französischen Gewaltpolitik dem in der Entwicklung bestehenden Ostblock anschließen könnte, der in erster Linie gegen den angelsächsisch-romanischen Wirtschaftsimperialismus gerichtet ist. Nun sehen wir wieder wie anlässlich der taktischen Widerstandspolitik Lloyd Georges die Franzosen ihr Manöver der Drohung mit der Schaffung eines kontinentalen Blocks wiederholen. Dieser europäische Block soll natürlich nicht Deutschland mit einbeziehen, sonst wäre ja der französische Plan der Abtrennung des Rheinlands und Ruhrgebiets, sowie der politischen und wirtschaftlichen Vorherrschaft in Europa nicht durchführbar, aber Frankreich mit seinen Trabanten Polen, Tschechoslowakei und Rumänien, zu denen noch Italien und — Rußland treten soll. Mit letzterem „Schredgeispel“ haben die Franzosen ja schon mehrmals geblüffelt, bei nüchternen weltpolitischen Überlegungen war aber an eine solche Kombination nicht zu denken. Heute wird ja wiederholt von russisch-französischen Annäherungsverfuchen vorerst auf wirtschaftlichem Gebiete gesprochen, denen aber bald politische Verhandlungen folgen sollen. Daß die Russen in ihrem eigenen Interesse wirtschaftliche Beziehungen mit Frankreich aufnehmen könnten, liegt nicht außerhalb des Bereichs der Möglichkeit, dagegen müßten die Franzosen schon ganz außerordentliche Zugeständnisse machen, wenn sie sich die russische „Freundschaft“ wieder erwerben wollten. Nun kommt im Zusammenhang mit diesen Gerüchten aus London eine Meldung, wonach Amerika einem solchen Block, der gegen England gerichtet wäre, nicht gleichgültig gegenüber bleiben könnte. Also einen europäischen Block würden die jetzt zum Diktator der Welt sich berufen fühlenden Amerikaner nicht dulden, selbst wenn Deutschland nicht daran beteiligt ist. Wir sehen

hier die angelsächsische Politik treu ihrem seitherigen Wahlspruch: Teile und herrsche wieder einmal bligartig in Erscheinung treten, obwohl sie sonst eine solche Beleuchtung ihrer Tätigkeit nicht liebt. Wir dürfen aber auch diesen scheinbar drohenden Ton nicht ernst nehmen. Es wird den Angelsachsen, und zwar weder den Engländern noch den Amerikanern nicht einfallen, in absehbarer Zeit eine franzosenfeindliche Politik zu treiben. Wie sehr hier mit scheinbaren Kombinationen manövriert wird, das geht aus der Erklärung des früheren englischen Außenministers Grey hervor, der im Hinblick auf die England angeblich entgegengesetzte französische Politik, Herrn Poincaré ebenfalls mit einem Anschluß an — Rußland drohte. Daß bei drohender Gefahr im Orient und weiteren Osten England zum zweiten Mal versuchen würde, Rußland für seine Zwecke zu gewinnen, ist nicht ausgeschlossen, ob mit Erfolg, wollen wir dahingestellt sein lassen, denn die englische Politik ist strupellos. Vorerst aber glauben wir nicht an solche Möglichkeiten, vorerst werden die Ententestaaten mit Einschluß Amerikas noch eine geschlossene, wenn auch nach außen hin nicht immer erkennliche Politik treiben, und neben anderen Staaten wird auch Deutschland immer wieder ihr Schacheroberjekt sein, dessen politische und wirtschaftliche Freiheit keines der Ententemitglieder freiwillig zugestehen würde. Und was von den Beziehungen der angelsächsischen Staaten zu Frankreich gilt, das gilt auch — worauf wir ebenfalls stets hingewiesen haben — von Italien, das jetzt sogar eine engere Verbindung mit Paris anstrebt, selbstverständlich ebenfalls auf Kosten Deutschlands.

Und so stehen wir auch in diesem passiven Existenzkampfe wieder der gesamten politischen und wirtschaftlichen Macht der Mächte des Weltkrieges gegenüber, und haben vorläufig keine andere Waffe als die des Zusammenhaltens unserer nationalen Einheit, die uns bei unerhörtstem Widerstande auch der stärksten Gegner nicht zu rauben vermag. Halten wir diese Einheit bis zu besseren Tagen durch, indem wir alle politischen, Westanschauungs- und Standesgegensätze gegenüber dem nationalen Gedanken zurückstellen, so wird auch unsern schwergeprüften Volke früher oder später die Stunde der Rettung von der heutigen Sklaverei schlagen. O. S.

Die französische Gewaltpolitik.

Vor der Protesterklärung des Reichskanzlers.

Berlin, 6. März. Wie die „Vossische Zeitung“ schreibt, wird die heutige Sitzung des Reichstags, die um 5 Uhr nachmittags beginnt, ausschließlich der Regierungserklärung gewidmet sein, die von dem Reichskanzler Dr. Cuno abgegeben werden wird. Die Aussprache über die Erklärung soll, dem Blatt zufolge, erst am Mittwoch beginnen. Mit der Beratung der Regierungserklärung soll die Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amtes verbunden sein. Ob die Debatte mit einer besonderen Vertrauensstundegebung für die Regierung enden soll, wird noch in Besprechungen zwischen den Parteien entschieden werden.

Berlin, 5. März. Zur morgigen Erklärung des Reichskanzlers im Reichstag melden die Blätter, daß über die Fassung der Rede heute im Reichskabinett endgültig entschieden werden wird. Der Reichskanzler wird in aller scharfster Weise gegen den Vorstoß der Franzosen auf die Städte Mannheim, Karlsruhe und Darmstadt protestieren. Das an die Ankündigung der Regierungserklärung geknüppte Gerücht, die Reichsregierung wolle die diplomatischen Beziehungen zu Frankreich und Belgien abbrechen, wird von den Blättern als jeder Grundlage entbehrend bezeichnet. Heute wird sich der Reichskanzler zu einer Besprechung zum Reichstagspräsidenten Löbe begeben. Morgen vormittag wird der Reichskanzler die Parteiführer empfangen und nachmittags 2 Uhr wird sich der Aeltestenrat mit den geschäftlichen Modalitäten der Plenarsitzung beschäftigen. Es sei anzunehmen, daß sich an die Erklärung des Reichskanzlers unmittelbar oder nach einer kurzen Pause die Aussprache der Parteien anschließen wird. — Wie der „Lokalanzeiger“ meldet, tritt übermorgen das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie zusammen. Diese Sitzung wird in der Hauptsache gleichfalls die Besetzung des Ruhrgebiets zum Gegenstand haben.

Deutschland verweigert die Lieferung von Stillschiffen an Frankreich und Belgien.

Berlin, 5. März. Die Reparationskommission hatte für den 5. März Vertreter der deutschen Regierung zu einer Besprechung über die Stillschiffierungen an Frankreich

Italien und Belgien eingeladen. Deutscherseits wurde gestern geantwortet, daß die deutsche Regierung sich wegen des Ruhreinfalles nicht in der Lage sehe, Lieferungen an Frankreich und Belgien auszuführen, daß sie daher zu der geplanten Sitzung keine Vertreter entsenden werde, daß dagegen aber unmittelbare Verhandlungen wegen Stillstellung der Lieferung mit den italienischen Vertretern bereits eingeleitet seien.

Die planmäßige Fortsetzung der Gewalttaten.

Karlsruhe, 5. März. Die Eisenbahndirektion teilt mit: Im Bahnhof Mannheim-Industrie haben die Franzosen heute das Stellwerk III und damit den Betrieb im Bahnhof-Industrie abgebrochen. In Offenburg wurde der Stellvertreter des bereits vor einem Monat verhafteten Vorstands der Betriebsinspektion in Offenburg, Eisenbahnoberinspektor Hertlein, verhaftet.

Necklinghausen, 5. März. Die Vorstände der Postämter in der Umgebung erhielten vor einigen Tagen von den Behörden der Einbruchsmächte ein Schriftstück, wonach die Fernsprech- und Telegraphenleitungen in Abschnitte eingeteilt sind, wofür die Amtsvorsteher haftbar gemacht werden. Im Falle von Störungen auf den von den Franzosen betriebenen Leitungen treten Sanktionen in Kraft.

Ludwigshafen, 5. März. Die Verkehrsperre in Ludwigshafen wird von der Besatzungsbehörde damit begründet, daß Sabotageversuche an der Eisenbahn, Beschädigungen an der Besatzungsbehörde unterstellten Gebäuden stattgefunden haben und daß ein scharfer Schutz gegen einen Zug zwischen Ludwigshafen und Odersheim nachts abgefeuert worden sei. Ferner solle dem rechtsrheinischen Eisenbahnverkehr vorgebeugt werden. An der Bahnhofssperre Ludwigshafen kontrollieren deutsche Arbeitslose mit französischen Armbinden, die schon seit längerer Zeit angeworben worden sind. Die Züge sind sehr spärlich besetzt, trotzdem unentgeltlich gefahren wird. Auf dem Turm der Ludwigskirche sind gestern und vorgestern Abend, laut „Pfälz. Rundschau“ französische Beobachtungsposten aufgezogen.

Euskirchen, 5. März. Hier wurde der Vorsitzende des sozialdemokratischen Gewerkschaftskartells, Gewerkschaftssekretär Sonnspahn, von den Franzosen verhaftet und im Automobil weggeführt. Er wurde hinter Honnes aufgefesselt. Seine Familie muß ihm innerhalb 4 Tagen folgen.

Gemeiner Raub privaten Eigentums.

Köln, 5. März. Auf dem Cresfelder Filialwerk der Milchmeierfirma Stöcker & Kunz, die sich entsprechend den Weisungen der Regierung und der Handelskammer beharrlich weigerte, ihre Erzeugnisse französischen und belgischen Firmen zu verkaufen, sind, wie die „Kölnische Zeitung“ meldet, unter Anführung zweier Vertreter französischer und belgischer Werke zwei französische Kompagnien entsandt. Die Fabrik wurde ganz besetzt und die Arbeiter am Eingange verhindert. Im Kontor wurden die Kasse erbrochen und die Beamten verhaftet. Alsdann wurden 60 leere Eisenbahnwagen in das Werk geschoben und wahllos die vorhandenen Vorräte von feuerfesten Steinen verladen. Die Arbeiter legten die Arbeit sofort nieder. Es darf niemand das Werk betreten.

Mannheim, 5. März. Die französische Besatzungsbehörde hat in Ludwigshafen eine allgemeine Verkehrsperre in den Straßen und über die Zugänge zu den Städten, also auch über die Brücken, von 9 Uhr abends bis 6 Uhr morgens verhängt, die bis zum Donnerstag in Kraft bleiben soll. Diese Maßregel scheint als Widervergeltung für einen Sabotageakt im Verkehrswege angeordnet zu sein. Im Verkehr über die Rheinbrücke von Mannheim nach Ludwigshafen ist im übrigen eine weitere Erschwerung erfolgt. Während bisher von beladenen Fuhrwerken eine Abgabe in Höhe von 10 Proz. des Wertes der Ladung verlangt wurde, muß in Zukunft auch von leeren Fuhrwerken eine Abgabe in Höhe von 10 Proz. des Wertes des Wagens entrichtet werden.

Ungeheuerliche Blutaten der Franzosen.

Hörde, 5. März. Am letzten Samstag kurz nach 11 Uhr abends wurde Ingenieur Dirks, als er sich in Begleitung eines Freundes befand, ohne jede Veranlassung von einem französischen Soldaten, anscheinend einem Unteroffizier, durch einen Revolvererschuß schwer verletzt. Er wurde ins Krankenhaus übergeführt, wo er heute seinen Verletzungen erlag. Der Franzose entflohr gleich nach der Blutat. — Zu der gleichen Zeit wurde der Schlosser Bangert von einem französischen Offizier mit einem nicht erkennbaren Gegenstand derart ins Gesicht geschlagen, daß er sofort bestimmungslos zu Boden stürzte und erst nach fast einer Stunde unter ärztlichem Beistand die Besinnung wiedererlangte. Der Offizier kümmerte sich nicht um den Verletzten.

Bochum, 5. März. Am Sonntag führte ein französisches Kommando die Leiche des vor etwa zehn Tagen im Stadtpark zu Vottrup von einem französischen Posten erschossenen italienischen Staatsangehörigen hinweg. Ihr Verbleib ist unbekannt.

Berlin, 6. März. In Bochum verhindern die Franzosen weiter jeglichen Geschäftsverkehr. In der Nacht zum Sonntag wurde dort ein Arbeiter durch einen Bajonettstich eines Franzosen getötet. Auf der Zeche „Westerholt“ wurde ein Bergmann beim Ueberschreiten der Anschlaggeleise der Zeche von dem französischen Posten erschossen, worauf die Zechebelegschaft in einen Proteststreik eintrat.

Bochum, 5. März. Ein französisches Panzerautomobil kam heute mittags in schneller Fahrt durch die Unterführung am Essener Hauptbahnhof in Richtung nach der Stadt und fuhr mitten in die Menge, die sich anlässlich der Besetzung des Hauptbahnhofs dort angesammelt hatte. Ein Erwachsener und

zwei Knaben kamen unter den Roloß, vor dem die Menge schreiend auseinanderstieß. Eine Anzahl Personen wurden außerdem von dem Panzerwagen angefahren und zur Seite gestoßen, kamen aber mit leichten Verletzungen oder dem bloßen Schrecken davon.

Protest des Karlsruher Stadtrats gegen die Besetzung des Rheinhafens.

Karlsruhe, 5. März. Der Stadtrat hat an den Kommandeur der französischen Truppen im Rheinhafengebiet eine Entschließung gesandt, in der feierlich Verwahrung eingelegt wird gegen die völkerrechtswidrige Besetzung des zur Gemarkung Karlsruhe gehörenden städtischen Rheinhafens durch französische Truppen.

Ausdehnung der französischen Besetzung auf dem rechten Rheinufer vor der englischen Zone.

Berlin, 6. März. Blättermeldungen aus Elberfeld zufolge sind die Franzosen gestern früh nach Cronenburg und dann nach Remscheid marschiert. Von Remscheid ging die Spitze der Truppen am Nachmittag weiter nach Wipperfurth vor. Der Vormarsch habe bisher eine Ausdehnung von etwa 25 bis 30 Kilometer. — Die Franzosen sind, der „Vossischen Zeitung“ zufolge, durch die neutrale Zone des englischen Gebiets marschiert und haben die in dieser Zone liegenden Orte besetzt.

„Kontrolle“ der französischen Transporte in der englischen Zone.

Bochum, 6. März. Die Engländer kontrollieren die französischen Transporte beim Eintritt in die englische Zone sehr scharf. Die Beförderung geschlossener Regimenter ist untersagt. — Daß man uns noch solche kindische Nachrichten vorzusetzen wagt, ist ein Zeichen, daß die Entente unsere Dummheit immer noch nicht für erschöpft hält.

Berlin, 6. März. Die „Vossische Zeitung“ meldet aus Essen, daß die englische Besatzungsbehörde an der Grenze der englischen Zone die französischen Eisenbahntransporte kontrolliert. Die Engländer gestatten nicht, daß die Franzosen gefangene Deutsche durch die englische Zone transportieren.

Das seitherige Kohlergebnis für die Franzosen.

Essen, 6. März. Die Verkehrslage hat sich im allgemeinen wenig verändert. Die Zahl der Kohlenzüge, die die Franzosen bisher abfahren konnten, ist außerordentlich gering. In den drei letzten Wochen des Februar haben insgesamt 1700 Waggons die Grenze passiert.

Die Folgen der französischen Besetzung in Essen.

Essen, 6. März. In den letzten Tagen sind eine ganze Reihe von Plünderungen und Raubüberfällen auf offene Geschäfte und auch Laden Diebstähle aus der Altstadt und aus einzelnen anderen Stadtteilen von Essen bekannt geworden. Die Essener Feuerwehr ist Tag und Nacht alarmiert, um Hilfspolizeidienste zu tun. In der Nacht zum Sonntag wurde ein deutscher Bürger von zwei französischen Soldaten überfallen, die ihm die goldene Uhr und seine Barchaft in Höhe von 45 000 Mark raubten. In Essen-West wurde das Polizeirevier in der Berliner Straße von den Franzosen besetzt. Ein in dem Hause wohnender Gerichtsbeamter wurde hierbei von den Franzosen erschossen. Die Milchversorgung der Stadt Essen ist durch den Einbruch außerordentlich gefährdet. Infolge der Verstopfung des Bahnhofs gelingt es nicht, ausreichende Milchmengen herbeizuschaffen. Außerdem ist die Teuerung so außerordentlich gestiegen, daß es vielen Müttern unmöglich ist, Milch für die Säuglinge zu kaufen. Dadurch ist die Säuglingssterblichkeit sehr stark gestiegen. Sie betrug vom 1. Januar bis 24. Februar in Essen 272 gegenüber 225 im Vorjahr. Auch die Sterbefälle infolge Tuberkulose nehmen erschreckend zu. Vom 1. Januar bis 24. Februar werden 180 Todesfälle an Tuberkulose gegenüber 146 im gleichen Zeitraum des Vorjahres zu verzeichnen. Infolge der Auflösung der Schutzpolizei, die auch die stitenpolizeiliche Kontrolle ausübte, ist die Gefahr einer Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten sehr groß.

Freifahrtangebot auf den pfälzischen Bahnen.

Mannheim, 5. März. Die französische Unterkommission hat auf den pfälzischen Bahnhöfen folgenden Anschlag anbringen lassen: Das Inkrafttreten der neuen Verwaltung wird einige Zeit erfordern. Dem Publikum wird daher mitgeteilt, daß die Fahrkartkontrolle bis auf weiteres mit Nachsicht gelöst wird. Ebenso wird der Zugang zu den Zügen erleichtert. Der Verkehr wird umso mehr ermöglicht, als das deutsche Personal Beistand leistet. Das genaue Verzeichnis der fahrenden Züge ist noch nicht bestimmt. Dennoch verkehren heute die Züge 1.04 und 1.48 Uhr, sowie zwei Züge nach Neustadt und einer nach Worms. Die Franzosen versuchen also das Publikum durch die Verheißung freier Fahrt anzulocken. Es sei nochmals nachdrücklich vor der Benutzung solcher Züge gewarnt, nicht nur wegen der damit verbundenen persönlichen Gefahren, sondern auch aus Gründen nationaler Würde.

Das übliche Frag- und Antwortspiel im englischen Unterhaus.

London, 6. März. (Unterhaus.) Auf eine Anfrage, ob im besetzten Gebiet verurteilte Deutsche in britischen Gefängnissen untergebracht werden dürften, antwortete Mac Neill mit Nein. Eine Antwort auf eine Anfrage bezüglich weiteren Entgegenkommens gegenüber den Franzosen in der Angelegenheit der Kölner Eisenbahnen, lehnte Mac Neill ab, da er keine amtlichen Informationen habe. Eine Anfrage, ob Deutschland die von Bonar Law vorgeschlagene Reparationsregelung annehme, verneinte der Ministerpräsident. Mac Neill antwortete auf eine weitere Frage, daß der französische und der belgische Oberkommissar eine Zivilverwaltung für das gesamte Eisenbahnwesen des besetzten Gebiets eingerichtet hätten, daß aber für die britische Zone ein Sonderabkommen bestiehe. Zum Schluß bejahte Mac Neill noch die Frage, ob die Ordonanzen der Rheinlandskommission, denen der britische Vertreter nicht zugestimmt habe, auch für den britischen Bezirk Geltung haben.

Vermischtes.

Im Lande Rinalbinis.

Ein Haub- (?) Ueberfall auf die deutsche Botschaft in Rom. Rom, 5. März. Die Villa der deutschen Botschaft wurde in der vorvergangenen Nacht von Einbrechern heimlich gesucht. Das Hauspersonal schoß auf die Eindringler und verwundete einen von ihnen am Fuß. Die Polizei nahm die Einbrecher fest. Wie die Agencia Stefani hierzu meldet, hat es der Ministerpräsident Mussolini getadelt, daß die Bewachung der Umgebung der deutschen Botschaft ungenügend gewesen ist. Mussolini hat dem deutschen Botschafter sein Bedauern ausgesprochen.

Berlin, 5. März. Nach einer soeben hier eingetroffenen amtlichen Meldung aus Rom ist bei dem Anschlag auf die deutsche Botschaft der Legationssekretär Altenburg durch einen Oberschenkelchuß leicht verwundet worden.

Das Attentat auf die deutsche Botschaft in Rom durch Frankreich veranlaßt.

Berlin, 6. März. Zu dem Einbruch in die deutsche Botschaft in Rom melden die Blätter noch folgende Einzelheiten: Als sich im Botschaftsgebäude das Feuergefecht zwischen den Eindringlingen und dem Botschaftspersonal entspann, erklangen im Garten Pfeifensignale. Auch wurden Lichtzeichen beobachtet, als bald hörte man, wie ein Automobil von der Hinterfronte des Gartens abfuhr. — An dem Komplott sollen nach der „Vossischen Zeitung“ an 50 Menschen beteiligt gewesen sein. Bei dem Verhör der beiden Verhafteten brach einer davon vollkommen zusammen. Er behauptete, italienischer Offizier gewesen zu sein, und erklärte weinend, daß der Handreich tatsächlich den politischen Dokumenten gegolten habe. Das Geld für den Anschlag sei aus Paris gekommen. Der Auftraggeber sei ein Mann gewesen, der italienisch mit deutlich französischem Akzent gesprochen habe. Wie die „Vossische Zeitung“ weiter meldet, sind auch eine Reihe anderer Botschaften in Rom in der letzten Zeit auffällig beobachtet worden. — Die Begleitumstände des Attentats, wie sie gestern gemeldet wurden, sprechen von Anfang an für eine politische Aktion.

Rom, 5. März. Ueber den Einbruch in die deutsche Botschaft erfahren wir noch, daß 3 Personen in der Nacht vom 3. zum 4. März in die Kanzleiräume der Botschaft eindringen, einen eisernen Schrank erbrechen und Dokumente entnehmen. Die Botschaft, die durch zahlreiche verdauliche Beobachtungen der vorhergehenden Tage aufmerksam gemacht worden war, hatte die notwendigen Vorkehrungen getroffen, so daß die Täter nach vollendeter Handlung durch Personal, das sich in den Kanzleiräumen versteckt hatte, gestellt werden konnten. Einem von den Einbrechern gelang es, bei dem entstehenden Kampf zu entkommen. Die beiden anderen Einbrecher konnten ergriffen und Beamten des italienischen Außenministeriums bezw. der Polizei übergeben werden. Legationssekretär Altenburg, der einen Schuß durch den Oberschenkel erhalten hatte, befindet sich außer Lebensgefahr. Der Akten- und Chifferraub ist vollständig vereitelt worden.

Deutschland.

Festsetzung der Getreide- und Zuckerpreise.

Berlin, 5. März. Trotz der infolge der Geldentwertung ungemessen gestiegenen Beschaffungskosten des Getreides, besonders auch des Auslandsgetreides, und trotz der gleichfalls stark gestiegenen Unkosten für die Frachten usw. wurde die Reichsregierung dahin schlüssig, den Getreide- und den Mehlabgabepreis der Reichsgetreidebestelle jetzt nicht zu erhöhen, damit nicht durch eine neue Geldentwertungswelle der eingetretene Stillstand der Valuta gefährdet wird. Da die ganze Volkswirtschaft auf dieses Ziel nach aller Möglichkeit eingestellt werden muß, beschränkt die Reichsregierung auch die von ihr zu treffenden Preisfestsetzungen auf das geringste Maß. Deshalb wurde in der bestimmten Erwartung, daß die Landwirtschaft sich der grundsätzlichen Erwägungen der Regierung anschließt, nur der Preis für das fünfte Sechstel des Umlagegetreides gemäß Mehrheitsbeschluss der 20er Kommission auf 600 000 Mark für die Tonne Roggen festgesetzt, während der Preis für das vierte Sechstel auf 500 000 M bestimmt wurde.

Auch der Zuckerpreis konnte für März, obgleich ein Mehrheitsbeschluss des Beirats der Zuckerrückhaltstelle auf 90 000 M lautet, aus dieser Erwägung heraus nur auf 81 000 M für den Zentner festgesetzt werden. Andererseits ist die Reichsregierung angefaßt der außerordentlichen Zahlungsschwierigkeiten, die sich zusammenhängend mit der ungemessenen Geldentwertung ergeben, mit dem wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats der Auffassung, daß für das nächste Zuckereerntejahr die freie Wirtschaft gelten muß, vorbehaltlich der Sicherung einer angemessenen Mundzuckermenge für einen späteren Teil des Jahres. Die Reichsregierung gibt diese ihre Auffassung bekannt, damit die Landwirtschaft sie bei ihrem endgültigen Entschluß über den Aufbau von Zuckerrüben berücksichtigen kann und nicht ein Rückgang des Zuckerrübenbaues derart eintritt, daß die Notwendigkeit der Sicherung eines Mindestmaßes an Zucker für die Bevölkerung trotz der schlechten Erfahrungen dieses Jahres doch wieder zur Bewirtschaftung zwingt.

Die Frage der Regierungsbildung in Sachsen.

Berlin, 6. März. Nach einer Meldung des „Vorwärts“ aus Dresden lehnte die Landesversammlung der D. S. P. D. Sachsens die Koalition mit den Demokraten ab und nahm einen Antrag an, der die neuen Vorschläge der Kommunisten für eine geeignete Grundlage zu Verhandlungen erklärte und die Teilnahme der Kommunisten an der Regierung forderte.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 6. März 1923.

Spenden für die Volksgenossen an der Ruhr.

Man schreibt uns: Wie weit der Gedanke, den bedrängten Volksgenossen an der Ruhr und am Rhein zur Hilfe zu kommen, d. h. dem deutschen Vaterlande in der großen Not zu helfen, Wurzel gefaßt hat, bezeugt die Tatsache, daß 20 Kameraden des hiesigen Veteranen- und Militärvereins für die Ruhrspende abermals 31 000 M freiwillig und gern spendeten. Zur Nachahmung wärmstens empfohlen, denn es geht um das deutsche Vaterland, um unsere Heimat, um uns.

Zur Ruhrspende hat beigetragen: Posthilfsstelle Nischelberg 31 750 Mark.

Oberhangstett, 5. März. Dieser Tage wurde hier eine Sammlung für unsere hartbedrängten Brüder im Ruhrgebiet vorgenommen in Naturalien; das Ergebnis war 9 Ztr. Getreide, 20 Ztr. Kartoffeln, welche am Samstag der Sammelstelle Calw übergeben wurden.

Angeklachtenversicherung.

Die Versicherungspflichtgrenze in der Angeklachtenversicherung ist durch Verordnung des Reichsarbeitsministers mit Wirkung vom 1. Februar 1923 von 1,2 Millionen Mark auf 4,2 Millionen Mark erhöht worden. Eine Änderung der bisherigen Gehalts- und Beitragsklassen ist nicht erfolgt. Es sind mithin bei einem monatlichen Verdienst von 60 000 Mark bis 350 000 Mark, Beiträge in Klasse 13 mit monatlich 4840 Mark zu zahlen. Wer die Versicherungspflichtgrenze überschreitet, ohne seinen Arbeitgeber oder seine Stellung zu wechseln, scheidet erst mit dem 1. Tage des 4. Monats nach Ueber-schreiten der Versicherungsgrenze aus der Versicherungs-pflicht aus.

Die Frage der Ortsklasseneinteilung.

Der Gesamtverband deutscher Beamtenvereine veranstaltet am Sonntag, den 18. März, nachm. 1½ Uhr im Festsaal der Riederhalle eine Massenversammlung aller im Reichs-, Staats- und Gemeinbedienst tätigen Beamten und Arbeiter, um gegen die besonders für die kleinen und mittleren Orte immer ungerechter wirkende Besoldungs-politik und Ortsklasseneinteilung Einspruch zu erheben. Die Regierung, die Behörden, sowie die Abgeordneten werden zur Teilnahme eingeladen. Als Redner wurde Verbandssekretär Ködlich genommen.

Zugerechnungen.

Zur Bekämpfung des Schmuggels und des Schleißhandels werden in den Zügen Stichproben vorgenommen. Für deutsche Reisende ist zwar im Reg. der Reichsbahn ein Personalausweis nicht vorgeschrieben, es empfiehlt sich aber immerhin, Ausweispapiere mit sich zu führen, um etwaigen Unannehmlichkeiten zu entgehen.

Frachtfreiheit für Kirchenglocken.

Wie „Das Volk“ meldet, hat das Reichskabinett dieser Tage beschlossen, für Kirchenglocken, die die im Krieg ver-lustig gegangenen ersetzen sollen, Frachtfreiheit zuzuge-stehen. Der Beschluß hat rückwirkende Kraft. Er wird in der Gemeinde Hirsau, die schon lange auf ihre neue Glocke wartet, lebhaft begrüßt.

(S.C.B.) Von der Tauber, 5. März. In einem kleinsten Ort des Taubergrundes kam, wie die Tauberz. erzählt, ein Mann zum Rißer und bat ihn, er möge ihm hinten am Weinsäß ein heimliches Spündchen anbringen, so daß es seine Ehehälfte nicht merke, denn diese wolle, daß der Wein aufgehoben werde. Der Rißer ging in den Keller des Mannes und brachte hinten am Faß einen kleinen Hahn an. Andern Tags kam die Ehefrau des Mannes mit der gleichen Bitte. Ihr Mann wolle den Wein aufheben, aber sie gebrauche öfters eine kleine Magenstärkung. Der Rißer ging in den Keller, machte aber nichts am Faß und sagte nur der Frau, er habe ein Hähnchen angebracht. Nun trinkt die Frau an dem gleichen Hahn wie der Mann und eines schönen Tages war das Faß leer und keines von beiden will der Sündenbock sein, bis zuletzt die Frau als die Klügere den Bug merkte, und nun sind beide so klug und lachen darüber.

(S.C.B.) Von der Jagst, 3. März. In letzter Zeit sind, lt. Württ. Ztg., in verschiedenen Orten von den Aufsichts-organen der Zollbehörden bei Landwirten mehrere Ge-heimbrennereien entdeckt und beschlagnahmt worden. In einem Fall ging sogar der betreffende Besitzer gegen die Aufsichtsbekanntmachung lässlich vor. Die Schuldigen sehen nun schwerer Strafe entgegen; jedenfalls dürfte der Schnaps für sie sehr teuer zu stehen kommen.

(S.C.B.) Malen, 5. März. Einer Bauersfrau vom Ries wurden 31 Eier beschlagnahmt, weil sie 300 M für das Stild verlangte. Einem Frankfurter Aufkäufer wurden 50 Pfund Butter wegen falscher Deklaration und 1200 Eier beschlagnahmt, weil er keinen Auslaßschein hatte.

(S.C.B.) Gerstetten, 5. März. In der Wirtschaft zur Linde wurden, während das Wirtschaftslokal mit Gästen besetzt war, aus einem Zimmer neben der Kasse 500 000 M gestohlen, die zum Ankauf eines Kindes für einen aus-wärtigen Verwandten bestimmt waren.

(S.C.B.) Oberholzhelm O.L. Laupheim, 3. März. In der Nacht zum 27. Februar wurde einem Landwirt ein neuer elektr. Motor im Wert von etwa 3 Millionen Mark ent-wendet. Der Motor konnte jedoch 300 Meter von hier ent-fernt auf dem Felde versteckt vorgefunden werden. Der Dieb wollte den Motor auf einem kleinen Wägelchen fort-schaffen, das aber durch die Schwere des Motors zerbrach.

In einem Strohhalm versteckt wurde das Wägelchen auf-gefunden, wodurch der Täter in Laupheim ermittelt und festgenommen wurde.

(S.C.B.) Schuffenried, 5. März. Dem Torwart Emhart wurden aus seinem Schlafzimmer ein Oberbett, zwei Kis-sen und eine wollene Decke entwendet. Er hatte die Sachen zum Lüften ausgehängt, was einen Gauner zum Diebstahl verleitete. Das gestohlene Gut hat einen Wert von 600 000 Mark.

(S.C.B.) Wurzh, 5. März. Freitag früh war eine alte Kanone vor dem Spitalbrunnen aufgefahren und gefahr-drohend schaute ihr eherner Schlund die Marktstraße hin-unter. Uebermütige junge Burschen hatten das ausran-gierte, alte Monstrum von Geschütz einem Alteisenhändler nachts weggeschleppt und bei dem Brunnen zur Aufstellung gebracht.

Heber das Calwer Bezirkskrankenhaus.

Man schreibt uns: Diese Zeilen verfolgen einen doppelten Zweck: Erstens wollen sie den armen, bedürftigen Kranken die Aufnahme in das Krankenhaus erleichtern, und zweitens wollen sie eine bessere Würdigung der so schweren Arbeit der Kranken-schwwestern herbeiführen. Es soll aber dabei sofort ausgeprochen werden, daß diese Zeilen nicht von interessierter Seite veranlaßt sind, am allerwenigsten von den Krankenschwestern, sondern sie sind das Ergebnis der stillen Beobachtung eines früheren Kran-ken. — Wir leben heute in einer außerordentlich schwierigen Zeit; wir müssen uns darum daran gewöhnen, daß wir zu neuen, ja vielleicht außergewöhnlichen Mitteln greifen, um Hilfe zu schaf-fen, wo solche nötig ist. Es ist nur durch die gute und selbstlose Leitung und Verwaltung des Krankenhauses möglich, die Geld-sätze für die tägliche Verpflegung so nieder zu halten, wie sie tatsächlich sind. Im Monat Februar wurde gefordert: 1. Klasse 2200 M, 2. Klasse 1800 M und 3. Klasse 1400 M. Was wird dem Patienten für dieses Geld geboten? Er wird erstens in die lich-ten, schönen und geräumigen Räume des Krankenhauses aufgenom-men; ferner erhält er eine sehr gute Krankenloft mit 5-6 Mahl-zeiten im Tag; dazu wird er von den Krankenschwestern bei Tag und Nacht gepflegt und bewacht, und wenn es der Kranke wünscht, so kann er durch die Schwestern und die Geistlichen auch noch seelischen Trost erhalten. Von der weithin bekannten, ja berühmten ärztlichen Behandlung soll hier weiter gar nicht die Rede sein. Wenn wir all das Gebotene in eine gerechte Rech-nung bringen wollen, so muß man zu dem Schluß kommen: Hier wird für ein Mindestmaß von Geld das Höchste geleistet. Ja man kann ruhig sagen: Hier wird weit mehr geboten, als in der Bezahlung an Geld gefordert wird. Der Beweis ist sehr einfach. Wenn wir die Kost nach Gasthauspreisen berechnen, so ist die Verpflegung der Krankenstube sowohl wie die Verpflegung durch die Schwestern so gut wie umsonst gereicht. Die Lage ist für alle drei Krankenklassen gleich günstig. Um nun der ärmeren, auch der verhältnismäßig armen Bevölkerung die Aufnahme ins Kranken-haus zu erleichtern, gibt es sicher manche Möglichkeiten. Wie wäre es mit dem Vorschlag, wenn der glücklich Genesene, der in ordentlichen oder guten Verhältnissen sich befindet, beim Abschied etwa folgendermaßen angesprochen würde: „Sie haben in unse-rem Krankenhaus nach schwerer Krankheit wieder Ihre Gesund-heit gefunden,“ oder: „Wir haben Ihnen das Leben gerettet.“ „Wirdel freie Verpflegungstage 3. Klasse gebeten Sie auf ein-mal, oder noch besser jährlich zum Wohl der Armen und Notlei-denden zu zahlen?“ Wir könnten sogar eine Krankenhausge-meinde gründen. Es wäre eine schöne Geste, wenn sich vermög-liche Nicht-Württemberger und ganz besonders die Ausländer einfach einige Tage weitere Verpflegung anrechnen lassen wür-den. Letzteren würde ich die 1. Klasse überhaupt nur dann zu-gänglich machen, wenn sie zu gleicher Zeit einen armen Kranken in der 3. Klasse freihalten. Bakulastarken Leuten sollte dies ge-radezu zur Pflicht gemacht werden. Was unsere einheimische Bevölkerung anbelangt, so glaube ich sicher, daß sie zu Opfern bereit ist. Es fehlt oft nur an der nötigen Anregung für eine bestimmte Sache. Wie willig werden z. B. die Gaben für die Ruhrbekämpfung gegeben! Da wurde der Deutsche wieder ein-mal an seiner Ehre gefaßt. Er ist sich klar bewußt, daß seine eigene Zukunft damit verknüpft ist. Geradezu müssen wir im klei-nen Maße oft so schlimm entgegenrücken. Dem traurigen politischen und wirtschaftlichen Niedergang muß der innere Sieg folgen. Die einzelnen Volksteile müssen sich suchen und finden. Nur das gemeinsame Tragen der großen Not bringt uns über diese schlimme Zeit hinweg. Dazu gehört aber vor allem, daß wir den armen Kranken helfen. Ein erstes Wort soll noch über die Tätigkeit der Krankenschwestern gesagt werden. Es wendet sich nicht nur an die allgemeine Öffentlichkeit, son-dern auch ganz besonders an die Leitung des Diakonissenhauses in Stuttgart. Es ist wohl jedermann bekannt, daß die Arbeit der Schwester auf dem Verwaltungswege ihre Verrechnung mit dem Mutterhaus findet. Da nun die Diakonissenarbeit ein Dienst der christlichen Nächstenliebe ist, so wird die Verrechnung im ge-genseitigen Einverständnis in sehr bescheidenem Rahmen ge-halten. Die Arbeit einer Operationschwester, oder das ange-strengte Nachwachen wird nicht besonders gewertet. Das Dia-konissenhaus ist genötigt, die ihm zum Lebensunterhalt und zu seiner freien Liebestätigkeit noch fehlenden Gelder durch freiwill-ige Liebesgaben aufzubringen. Bekanntlich aber fließen bei allen wohlthätigen Anstalten die Einnahmen nicht in dem Maße herzu, wie zur Zeit die Ausgaben wachsen. Es ist für jede Diakonistin ein geradzugehöriger Gedanke, wenn trotz aller persönlich treuen und hingebenden Arbeit das Mutterhaus eine Million Schulden um die andere machen muß. Es ist sehr verfehlt, erst dann zu helfen, wenn ein edles Unternehmen in seinem weiteren Fortbestehen schwer gefährdet ist. Dem Diakonissenhaus sollten grundsätzlich die quälenden Geldsorgen abgenommen werden, damit es sich seinen eigentlichen Aufgaben voll und ganz widmen kann. Ich komme zu der Ueberzeugung, daß das Diakonissen-haus durch freiwillige Beiträge allein nicht aus seiner Not her-

auskommt. Das Diakonissenwesen muß in Zukunft neben aller Liebestätigkeit zu einem geschäftlichen Unternehmen werden, das sich selbst rentiert, und nicht steht und fällt mit seinen frei-willigen Beiträgen. Es müssen neue, gangbare Wege gesucht werden. Ich mache einen neuen Vorschlag. Man betrachte in Zukunft den bisherigen geforderten täglichen Verpflegungssatz im Krankenhaus bei der 1. und bei der 2. Klasse als ein Taggeld-minimum. Bei der Entlassung eines Patienten soll es gestatt- sein, ihn zu fragen: „Wollen Sie das Taggeldminimum bezah-len? In diesem Fall werden Sie von den Schwestern umsonst gepflegt, oder bezahlen Sie freiwillig die Pflegekosten der Schwestern?“ Im bejahenden Fall wird eine kleine zweite Rech-nung mit bestimmten Sätzen für die Krankenpflege ausgestellt. Ich sage: Wer sich in erster und zweiter Klasse des Krankenhauses aufhält, sollte aus Billigkeitsgründen seine Verpflegung und Be-dienung durch die Schwestern voll und ganz bezahlen. Es ist doch wahrlich Nächstenliebe genug, wenn eine Pflegerin bei Tag und Nacht, oft mit dem Einsetzen ihrer ganzen körperlichen Kraft und Gesundheit ihren schweren Dienst verrichtet. Die in ordent-lichen oder gar guten Lebensverhältnissen sich befindenden Volks-kreise können in Zukunft nicht mit gutem Gewissen von dem Dia-konissenhaus auch noch materielle Leistungen fordern und erwar-ten. Dies soll kein Vorwurf sein, sondern eine Mahnung für die Zukunft. Wir wollen doch nicht einem Menschen in der Wüste gleichen, der seinem Kelter in der Not alles Wasser wegzinkt, um nachher mit diesem gemeinsam zu verschmachten. Mit andern Worten: Wir sollen von der christlichen Liebestätigkeit nicht mehr fordern als möglich ist. Dies tun wir aber, sobald diese ge-nötigt ist, Schulden in Millionen zu machen. Es muß hier un-bedingt ein würdiger Ausgleich für die Zukunft gefunden werden.

Zum Schluß sei noch eine letzte Anregung gegeben, die unseren Bezirk betrifft. Als im Jahr 1913 das jetzige Krankenhaus fer-tiggestellt wurde, fehlte es nicht an hochherzigen Leuten, welche damals zur allgemeinen Ausstattung wertvolle Stiftungen an Möbeln, Vorhängen und Bildern machten. Der Erweiterungsbau des Krankenhauses ist im Rohbau fertig. Es gibt auch sicher diesmal wieder Menschen, welche zu freiwilligen Gaben bereit sind. Wie schwierig ist heute die Beschaffung von Leinwand, Federn, Polster- und Liegemöbeln! Ich wende mich, wenn auch ungenannt, an die Bauernfrauen und Mädchen des Calwer Wal-des: „Schwinget Euch auf und spinn! elnen Abend umsonst einen Faden der Liebe für das Krankenhaus!“ Eine solche gemeinsame Tat wäre ein freudiges Ereignis für unsere Gegend und würde die Herzen höher schlagen lassen. Kein Bewohner des Calwer Bezirks ist sicher, ob er nicht eines Tages um Aufnahme und Behandlung im Krankenhaus bitten muß. Wenn wir in gesun-den Tagen etwas für dieses Haus leisten, dann kommen wir we-nigstens nicht mit schlechtem Gewissen in den kranken Tagen, wenn wir bittend an der Tür des Krankenhauses stehen, um zur Pflege und ärztlichen Behandlung aufgenommen zu werden. Die sühnenden Persönlichkeiten in Calw und Umgebung haben sich sicher schon oft mit diesen Fragen öffentlich und im stillen befaßt. Diese Zeilen haben nur die Absicht, das allgemeine Interesse wieder einmal auf das Krankenhaus zu lenken, damit wir ihm das leisten, was wir ihm schuldig sind.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

* Der Dollar galt gestern 22 681 Mark, der Schweizer Franken 4255 Mark.

Weitere Ermäßigung des Mehlpreises.

(S.C.B.) Stuttgart, 3. März. Die Süddeutsche Mühlen-vereinigung hat den Richtpreis für Weizenmehl Spezial 0 auf 175 000 Mark ermäßigt.

Landesproduktbörse.

(S.C.B.) Stuttgart, 5. März. Die Stimmung auf dem Getreidemarkt war in abgelaufener Woche wieder ruhig und die Preise ziemlich unverändert. Die Tendenz befestigte sich auf der heutigen Börse infolge Befürchtungen betr. der Mehlerzeugung Süddeutschlands. Es notierten per 100 kg. ab württ. Station: Neuer Weizen 100-110 000 (unv.), neue württ. Sommergerste 80-85 000 (unv.), Hafer 50-65 000 (unv.), Weizenmehl Nr. 0 180-190 000 M (unv.), Brotmehl 165-175 000 M (unv.), Kleie 50-55 000 (unv.), neues Heu 40-42 000 (40-44 000) M und draht-gepreßtes Stroh 40-42 000 M (unv.).

Märkte.

(S.C.B.) Balingen, 5. März. Dem Schweinemarkt waren zugeführt 150 Stück Milchschweine. Der Handel war schleppend, aber alles wurde verkauft. Der Preis für ein Stück betrug 70 000-120 000 Mark.

(S.C.B.) Ravensburg, 5. März. (Pferdemarkt.) Zufuhr: etwa 100 Stück. Preise zwischen 2½ und 25 Mill. Mark. Fohlen 2-2½ Mill. Mark.

(S.C.B.) Massenbachhausen O.L. Bradenheim, 5. März. Bei einer Nachschafversteigerung wurden für 5,61 Ar Wiese 500 000 M, 26,3 Ar Feld 1 700 00 M und 32,8 Ar Feld 2 270 000 M erzielt. Bei der Verpachtung von 9-10 Grund-stücken wurden als Pachtzins für 1 Ar im Durchschnitt 12,8 Pfund Weizen gelöst. Die höchste Steigerung betrug 20 Pfund Weizen.

(S.C.B.) Oberndorf 5. März. Die Gemeinde verkaufte 150 Festm. Langholz an das Dampfzägewerk der Mauerer-gesellschaft Oberndorf gegen das Höchstgebot von 1046 Pr. der Tage.

Die kleinen Kleinhandelspreise blieben selbstverständlich nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden, da für jene noch die sog. wirtschaftlichen Bedeu-tungen in Betracht kommen. D. S. G. H. H.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seltmann, Calw. Druck und Verlag der W. Völklinger'schen Buchdruckerei, Calw.

Kauft keine belgische u. französische Waren.

Weilberstadt.
Stammholz-Verkauf.

Aus den Staatswaldungen Hagenich, Wolfsloch und Auchtbusch der Markung Wöhltingen, kommen am
Montag, den 12. März ds. Js. von vormittags 1/2 10 Uhr an

an Ort und Stelle im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf:
Tannen-, Fichten- und Forchenlangholz

12,11 Fm. I., 22,58 Fm. II., 67,64 Fm. III., 40,29 Fm. IV. Klasse.

Tannen-, Fichten- und Forchensäg Holz

2,44 Fm. I., 9,08 Fm. II., 1,24 Fm. III. Kl.

Zusammenkunft bei der ehemaligen Ziegelhütte. Auszüge können bei Waldmeister Frey hier bestellt werden.

Stadtschultheißenamt: S ch ü h.

Stammheim.
Stangenverkauf.

Die Gemeinde verkauft am
Samstag, den 10. März 1923, nachm. 2 Uhr
 in der „Krone“ hier
 aus den Abteil. Gründle und Egart:

Hopfenstangen

690 I., 875 II., 90 III., 190 IV. Klasse,

Bauftangen

125 I. b, 225 II., 120 III. Klasse.

Gemeinderat.

Bitte!

Auch in diesem Jahr richten wir die Bitte an die Gemeinde, uns für bedürftige Konfirmanden eine Gabe zu reichen. Die Kosten der Konfirmandenkleidung und Ausrüstung sind für viele, besonders Witwen und kinderreiche Familien, fast unerschwinglich geworden. Wir bitten auch auf diese Weise die Teilnahme der Gemeinde an ihrer Konfirmandenschau zum Ausdruck zu bringen.

Dekan Zeller, Stadtpfarrer Lang.

Geschäfts-Eröffnung u. -Empfehlung.

Den verehrten Landwirten von hier und Umgebung gebe ich höflich bekannt, daß ich ab heute in der **Oberen Marktstr. 22** ein

Landwirtschaftl. Maschinen-Haus

eröffnet und stets auf Lager habe:

Kreissägen, Ersatzteile, Schrot- u. Backmehlmühlen, Pflüge, Wiesen- und Ackereggen, Sauchepumpen, Rübenschnitzler u. -Brokler, Spaten, Futterschneidmaschinen u. -Messer. Dreschmaschinen, Grassmäher und Sämaschinen
 direkt ab Fabrik lieferbar.

Durch verwandtschaftliche Beziehungen zur Fabrik bin ich in der Lage, im Preis weitgehendst entgegen zu kommen.

Besichtigen Sie bitte bei Bedarf mein reichhaltiges Lager, jeder Besuch lohnt sich.

Hermann Dill, Calw, Ob. Marktstraße 22.

Teinach, den 6. März 1923.



Todes-Anzeige.

Tieferschüttet geben wir die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber, guter Sohn und Bruder

Friedrich Roller
 Maschinen-Ingenieur

im Alter von 25 Jahren gestern nachmittag, nach längerem mit Geduld ertragenem Leiden, verschieden ist. Um stille Teilnahme bitten die trauernden Hinterbliebenen

G. Roller mit Frau, die Brüder Wilhelm und Karl.

Beerdigung findet Mittwoch 1/2 3 Uhr statt. Dies statt jeder besonderer Anzeige.

Wirtsverein Calw.
 Mittwoch, 7. März nachm. 3 Uhr
Mitgliederversammlung
 bei Dorof zum „Koppen“.

Junger Hund (Stumper) zugelaufen.
 Abzuholen bei **Wilh. Dingler, Neroberg.**

Bürgerlicher Mittags- und Abendisch gesucht.
 Angebote an **Belten, Ritterdrogerie.**

Gehingen.
 Am Donnerstag Mittag 1 Uhr verkauft 1 bereits neue **Schuhmacher-Nähmaschine** (System Dierkopp), eine Anzahl neuer **Schuhleisten**, sowie verschiedenes **Schuhmacher-Handwerkzeug.**
Kath. Ezig Witwe.

Großen Küche-Kasten zu verkaufen. Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.
Verkaufe 20-30 Zentner Heu.

Wer, sagt die Geschäftsstelle dieses Blattes.
Metallbetten
 Stahlmatr., Kinderbett, dir. an Private. Katal. 46 S frei. Eisenmöbelfabrik Suhl-Thür.

Rödjin-Gesuch
 Suche auf 1. Mal ein in Küche und Haushalt durchaus erfahrenes, selbständiges, **älter. Mädchen** (Kleine Familie (2 Personen). Der Zeit entsprechend höchster Lohn.
Freifrau v. Gemmingen, Witbbad, Villa Teck.

Suche zum sofortigen Eintritt ein **Mädchen** für Küche und Haushalt **Fr. Maier, zur „Schwane“**

Tüchtiges Bürofräulein perfekt in Stenographie und Maschinenschrift für sofort gesucht.
Maschinenfabrik Kohler, Talmühle.

Ein 1/2-jähriges **Zucht-Rind** hat zu verkaufen.
David Wurster, a. „Löwen“, Alzenberg.

Zu Gunsten der Ruhrhilfe.
Badischer Hof
Dienstag, 6. März, abends 8 Uhr
Gemeindeabend
 Wiederholung der Aufführung und lebend. Bilder vom 25. Februar. Ansprachen über das deutsche Familienleben: **Matth. Claudius u. a.**
5 Uhr für Kinder.

Grundbuchamt Calw.
Grundstücks-Versteigerung.
 In der Nachlasssache der † Peter Köhler, Weingermessers-Eheleute, hier, kommt das vorhandene Grundstück: P.-Nr. 738 38 a 54 qm Wiefe an der Stammheimersteig angekauft zu 4 000 000 Mk.,
am Montag, den 12. März ds. Js., nachmittags 2 Uhr,
 auf dem hiesigen Rathaus zum zweiten und letztenmal öffentlich zur Versteigerung.
 Den 3. März 1923.
Grundbuchbeamter: Gerichtsnotar Krahl.

Stets vorrätig
 garantiert reines
LEIN-OEL
 zu billigsten Tagespreisen
ALFRED RECLAM
NAGOLD Fernsprecher 101
 Hauptbahnhof.

Färberei Büsing Stuttgart
 färbt und reinigt alles schön und gut.
 Annahmestelle: **W. Entenmann,** Lederstr. 91.

Ropa OLE&FETTE

Benzin Benzol

Gasöle, Steinkohlenteer-Oele Paraffin

Rohstoffe f. Lack- u. Seifen-Ind. Mineral-Oele

Roth & Paschkis
 Aktien-Gesellschaft
Stuttgart

Telegramm-Adresse: „ROPA“
 Fernsprecher 11201/03 und 6864/65

Tank-Anlagen in Süddeutschland:
 Feuerbach — Heilbronn — Neu-Ulm — Karlsruhe — Freiburg
 Augsburg — München — Kulmbach
 Hauptverkaufsstelle des Benzolverbandes Bochum
 Allein-Vertretung der Verkaufsvereinigung für Teererzeugnisse in Essen.
 Vertretung: **O. E. Kistowsky, Ritterdrogerie, Calw, Fernsprecher 163.**

Mitteilungen, Postkarten
 liefert rasch u. billig die
Tagblatt-Druckerei